

| |
|--|
| <p>Für eine soziale, ökologische und weltoffene Schweiz Für einen sozialen, ökologischen und weltoffenen Kanton Luzern</p> |
|--|

Rede gehalten an der Nominationsversammlung der SP Willisau vom 15.01.07 und an der Nominationsversammlung der SP Sursee vom 23. 01.07

Es freut mich als Vertreter der Kantonalpartei an dieser Nominationsveranstaltung teilnehmen zu dürfen.

Das Jahr 2007 gilt in der Politik unseres Landes irgendwie als Jahr der Entscheidung.

Dies gilt insbesondere für uns hier im Kanton Luzern, stehen doch die Grossratswahlen vor der Tür und Herbst geht es gleich weiter mit den Nationalratswahlen.

Für beide Wahlen hat sich die SP Kanton Luzern hohe Ziele gesteckt und will Sitze hinzugewinnen.

Doch was wird denn überhaupt entschieden im 2007?

Warum sollen die Menschen in diesem Kanton der SP ihre Stimme geben?

Was unterscheidet uns von den anderen Parteien, denen es im bürgerlichen Lager oft bloss um einen kleinen Machtzuwachs geht und die man inhaltlich kaum voneinander unterscheiden kann?

Um es auf die kürzeste Formel zu bringen:

Die SP steht für eine soziale, ökologische und weltoffene Schweiz.

Wir stehen für :

- faire Löhne,
- sichere Sozialwerke,
- Chancengleichheit bei der Bildung,
- erneuerbare Energie,
- ausgebauten ÖV,
- Steuergerechtigkeit auch eine ökologische
- sowie für echte Integration und
- für eine aktive Aussenpolitik.

Und dasselbe wollen wir selbstverständlich auch für Luzern.

Unser Kanton soll – nein er muss sogar – sozialer, ökologischer und auch offener werden.

Dafür kämpft die SP Kanton Luzern, und zwar nicht nur mit einem grünen Anstrich vor den Wahlen.

Diese drei genannten Schwerpunkte möchte ich kurz ausführen.

(1) Wir wollen einen sozialen Kanton Luzern

Die Schweiz ist bekanntlich eines der reichsten Länder der Welt.

Schaut man hingegen auf die Sorgenbarometer des letzten Jahres, hat man nicht den Eindruck, dass dies für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gilt:

Die Angst vor Arbeitslosigkeit steht weit oben – allen guten Meldungen auf den Wirtschaftseiten zum Trotz –, gefolgt von den ständig steigenden Kosten im Gesundheitswesen und der als unsicher empfundenen Altersvorsorge.

Neuestens hat es allerdings eine kleine Verschiebung gegeben: das gesellschaftspolitische Thema ‚Jugendgewalt‘ ist ganz nach oben gerückt.

Nicht nur im Hinblick auf die schamlosen Managerlöhne und die tiefen Löhne im Gastgewerbe oder der Landwirtschaft ist klar:

Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz ist ein Skandal.

Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher – und ärmer.

Bundesrat Blocher vergass auch dies als Erfolg der neoliberalen Politik der SVP anzupreisen.

Der Kanton Luzern liegt diesbezüglich voll im schweizerischen Trend:

über 40'000 Menschen im Kanton sind arm. Der Sozialbericht des Regierungsrates spricht diesbezüglich Klartext:

„ Ohne staatliche Beihilfe Beihilfe müssten im Kanton Luzern fast 36'000 Menschen ab 25 Jahren oder 15% der Bevölkerung von einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben.“

Wenn man berücksichtigt, dass diese Menschen auch Kinder haben, welche ebenfalls von der Sozialhilfe abhängig sind, so ist mindestens ein Fünftel der Luzerner Bevölkerung arm.

Diese Menschen sind auf das soziale Netz angewiesen.

Dies – im Gegensatz zur Meinung, wie sie am rechten politischen Rand vorherrscht – nicht aus Bequemlichkeit und nicht aus freien Stücken, sondern weil sie sich in einer Notsituation befinden.

Neben zu niedrigen Löhnen und der Angst um den Arbeitsplatz sind die ständig steigenden Krankenkassenprämien zu einem riesigen Problem, vor allem auch für den Mittelstand geworden.

Abgesehen von der unsozialen Finanzierung durch Kopfprämien - ein Unikum in Europa – haben die Bürgerlichen in diesem Kanton ein neues Mittel gefunden für eine versteckte Umverteilung von unten nach oben.

Um die Steuergeschenke insbesondere und vor allem für Gutbetuchte zu finanzieren, musste nämlich bei der Prämienverbilligung gespart werden. Diese wurde im Gegensatz zu den jährlich steigenden Luzerner Krankenkassenprämien seit 2003 eingefroren. In Klartext heisst dies, dass der Kanton die Kostensteigerung im Gesundheitswesen in den letzten Jahren vollständig auf die Versicherten überwältzt hat.

Wer nicht zu den Topverdienern gehört, zahlte doppelt so viel mehr an Prämien, als durch die Steuersenkungen weniger an Steuern bezahlt wurde.

Wer wenig hat, dem wird wenig gegeben, aber viel genommen.

Mit dem neuen Prämienverbilligungsgesetz, bezahlen Kinder und Jugendliche nun keine Krankenkassenprämien mehr.

Während sich für arme Familien nichts ändert, bekommen nun also auch die Luzerner Millionäre die Prämien ihrer Kinder bezahlt.

Auch hier weigerten sich die Bürgerlichen, die Gesamtausgaben für die Prämienverbilligungen zu erhöhen. Nun bekommen jedoch auch reiche Kinder in den Genuss der Prämienverbilligung.

Das heisst für alle anderen gibt es letztendlich weniger. Am meisten leidet darunter wieder der Mittelstand.

Wer hat, dem wird noch mehr gegeben. Die CVP nennt dies moderne Familienpolitik.

Für die SP ist hingegen klar, dass die Prämienverbilligung so gestaltet sein muss, dass die stark belasteten Haushalte auch tatsächlich entlastet werden.

Hier bleiben wir sicher am Ball – auch nach den Wahlen.

Vorher gibt es aber am 11. März die Möglichkeit, bei der Abstimmung über die soziale Einheitskasse endlich die Prämienspirale zu stoppen.

Die SP Kanton Luzern wird sich im Vorfeld der Abstimmung dafür einsetzen, dass wir auch im Gesundheitswesen eine AHV bekommen, mit spürbar tieferen Prämien für einen Grossteil der Bevölkerung.

(2)Wir wollen einen ökologischen Kanton Luzern!

Die Zahl der Unwetter und auch Überschwemmungen im Kanton Luzern nimmt zu.

Der fehlende Schnee in unseren Skigebieten, die frühlinghaften letzten Tage und das Vogelgezwitscher jeden Morgen auch im Januar zeigen klar:

Die Klimaerwärmung ist Realität.

Lange haben die tonangebenden Bürgerlichen den Kopf in den Sand gesteckt und wollten nichts von Umweltschutz wissen.

Ökologische Anliegen seien zwar gut und schön aber wirtschaftsfeindlich.

Immerhin liegen nun Zahlen auf dem Tisch, die sagen, dass die Wirtschaft noch viel mehr leiden wird, wenn nun nicht endlich gehandelt wird:

„*Taten statt Warten*“, wie ein grosser internationaler Umweltverband (Greenpeace) seit Jahrzehnten schon fordert.

Rechtzeitig für die Wahlen entdecken nun auch CVP und FDP die Umwelt, während der SVP- und da ist sie leider sehr ehrlich- die Farbe ihrer Broschüren und Plakate schon grün genug sind.

Aber analog wie bei der Zulassung zum Zivildienst – dieses Geschäft vertrat ich für die SP an der letzten Session in Bern – fordere ich auch hier den Tatbeweis.

Reden allein genügt nicht.

Und das ist auch der Grund, warum es für einen ökologischen Kanton Luzern mehr SP und Grüne braucht und keine weiteren bürgerlichen Lippenbekenntnisse.

Dazu gäbe es genügend Beispiele:

So wollten an der letzten Session zwar alle den CO₂-Ausstoss reduzieren.

Um die konkrete – und immer noch völlig ungenügende – CO₂-Abgabe auf Brennstoffe einzuführen, ging es aber um jede einzelne Stimme der Bürgerlichen.

Oder das Agglo-Programm des Kantons Luzern.

Das Stimmvolk schickte zwar die strassenlastige Avanti-Vorlage klar den Bach ab.

Trotzdem warten die Bürgerlichen mit einem milliardenschweren Strassenbauprogramm auf, welches ausser Mehrverkehr nicht viel bringen wird.

Wenn schon nicht eine zweite Gotthardröhre, dann soll wenigstens- so sagen sie sich wahrscheinlich- eine Röhre für den Durchgangsverkehr um Luzern gebaut werden.

Bypass heisst das milliardenteure Loch: seinen Bau wird die Luzerner Stimmbevölkerung hoffentlich nie zulassen.

Wir wollen eine Umweltgesetzgebung, die nicht nur Feigenblattfunktion hat, sondern eine, die auch etwas bewirkt.

Dazu braucht es:

- eine ökologische Steuerreform,

- die Förderung erneuerbaren Energien,
- ein Ende der Zersiedelung der letzten Landreserven,
- mehr Anreize für Landwirte zum Umsteigen auf Bio-Produktion,
- einen attraktiven und günstigeren ÖV, nicht nur in der Agglomeration Luzern und
- die rasche Fertigstellung des Velowegkonzeptes.

Strassen braucht es natürlich auch im Kanton Luzern, aber viele Neubauten braucht es nicht, und wenn, dann sicher keine solchen aus Granit, welcher um die ganze Welt geschifft wird.

Hermann Morf, hat diesbezüglich ja einen Vorstoss für die SP eingereicht.

Der Kanton als Grosseinkäufer und Bauherr könnte hier einiges bewirken, wenn er konsequent auf sozial- und Umweltstandards seiner Zulieferer pocht und die eigenen Gebäude beispielsweise nur noch nach Minergie-Standards erstellen würde.

Aber von den Bürgerlichen sind das vermutlich ebensolch Lippenbekenntnisse, wie bei der Einführung von Schadstoff- und Lärmgrenzwerten.

Während die SP schon seit Jahren auf deren Einhaltung pocht, wurden sie von der Mehrheit wohl nur dazu eingeführt um das schlechte Gewissen zu beruhigen und im Alltag möglichst wenig verändern zu müssen.

Was bleibt ist die Hoffnung auf eine ökologische Wende auch in unserem Kanton und in der Folge auf einen Erdrutsch: hin zu Rot// Grün bei den Grossratswahlen am 1. April.

(3)Wir wollen einen offenen Kanton Luzern

Der Kanton Luzern soll offen sein für alle und auch eine gute Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn pflegen.

Hier kann vielleicht auch die einzige positive Seite des immer schärfer ausgefochtenen Steuerwettbewerbes sehen.

Was in der Zentralschweiz im Moment fast ausschliesslich zählt, das sind Steuersenkungen.

Aus der traditionellen und guten freundeidgenössischen Zusammenarbeit in diversen Politikbereichen wurde eine „feind-eidgenössische“.

Übrig bleibt ein egoistischer Konkurrenzkampf, welcher kürzlich den Kanton Luzern zwang, sich neue Partner zu suchen.

Und er hat einen solchen im Aargau gefunden hat.

Etwas mehr Offenheit schon früher, hätte hier sicher nicht geschadet.

Aber auch sonst sollte sich der Kanton etwas offener gegenüber der Welt geben.

Ist es ein Zufall, dass es immer Luzerner Gemeinden sind, welche in Sachen Einbürgerungen für negative Schlagzeilen sorgen?

Hier haben wir eine kompetente Regierungsrätin, die dafür sorgt, dass nicht Willkür und Diskriminierung Überhand nehmen.

Denn wenn wir die Einhaltung unserer Normen und Gesetze von Einwohnern ohne Schweizer Pass fordern,

müssen wir uns auch selber an unsere Verfassung und an den *Rechtsstaat* halten.

Auch wenn das die Bürgerlichen insbesondere in Steuerfragen anders sehen – Ausländer und Ausländerinnen haben Rechte und Pflichten.

Sie sollen angemessene Steuern zahlen, genauso wie sie sich darum bemühen sollen, unsere Sprache zu lernen.

Offenheit heisst auf offen sein gegenüber Neuem und Veränderungen.

Und auch gegenüber seinem Nachbarn und seiner Nachbarin, zum Beispiel in der Fusionsfrage.

Hier könnten viele Gemeinden auf der Landschaft von Willisau lernen, auch die Stadt Luzern, wo die Fusions-Diskussion – ich denke an die Raumplanung- vermutlich um Jahrzehnte zu spät kommt.

Mit unserem Programm für einen sozialen, ökologischen und offenen Kanton Luzern können wir voller Ueberzeugungskraft vor unsere Wähler treten,

denn wir wissen, dass wir damit wirklich gute Politik machen, eine Politik, für welche der Mensch zählt, der Mensch als soziales Wesen,

der Mensch verbunden mit dem Ganzen der Natur,

der Mensch als offenes Wesen.

Diese Botschaften wollen wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern vermitteln.

Wenn ich mich hier im Saal umschaue, bin ich überzeugt, dass euch diese Vermittlung gelingen.

Und es ist zu hoffen, dass wir erfolgreich sind und zwar so sehr, dass unsere politischen Gegner am Wahltag **nur über Aprilscherze lachen können.**

Vielen Dank

Hans Widmer SP-Nationalrat/Luzern